

## **Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015**

Beschluss - Nr. 1

### **Die Zukunft gestalten-Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte**

#### **I. Die Welt im Umbruch: Fragile Weltordnung und neue Herausforderungen**

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen, 40 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und 25 Jahre nach der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands ist die Welt heute in vielen Teilen aus den Fugen geraten. Die erhoffte Friedensdividende hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges nicht realisiert. Lange schienen die Folgen ungerechter Globalisierung, Staatsversagens und regionaler Kriege weit entfernt. Eindrücklich zeigt sich jedoch: Krieg, Terror, gewaltsame Auseinandersetzungen und Katastrophen in anderen Teilen der Welt betreffen uns in Deutschland und Europa direkt – dies machen gerade auch die Folgen der größten humanitären Katastrophe unserer Zeit in Syrien deutlich. 60 Millionen Menschen, davon fast 40 Millionen Binnenflüchtlingen, sind derzeit auf der Flucht und suchen Schutz – nicht nur vor Krieg und Terror, sondern auch vor Verfolgung, Hunger und Seuchen. Die menschenverachtenden Terroranschläge von Paris haben gezeigt, mit welcher Brutalität und Grausamkeit sich religiöser Fanatismus und Terrorismus gegen die freiheitliche europäische Werteordnung richten. Es war ein Angriff auf die Werte der Aufklärung und Liberalität, die Europa im Kern ausmachen.

Zugleich sind vermeintliche Gewissheiten über Frieden, Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent sind ins Wanken geraten. Errungenschaften zur Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen werden vermehrt in Frage gestellt. Neue geopolitische Großmachtansprüche verschärfen bestehende Spannungen und Konflikte. Die Hoffnung auf die Herausbildung einer neuen und stabilen Weltordnung hat sich bislang nicht erfüllt. Die Welt ist unfriedlicher und unsicherer geworden.

Neben den aktuellen Krisen ist deutsche und europäische Außenpolitik auch vor große strukturelle Herausforderungen gestellt: Eine zunehmend multizentrische Welt, in der aufstrebende Staaten, aber auch eine Vielzahl nichtstaatlicher Akteure den Anspruch auf Mitgestaltung erheben, ebenso der Zerfall staatlicher Strukturen, die Machtausdehnung von Terrorgruppen über staatliche Grenzen hinweg, Formen hybrider Kriegsführung, die fortschreitende Digitalisierung des Militärischen oder die Automatisierung von Waffensystem fordern unsere Friedens- und Sicherheitsstrategien heraus. Auch die sich weiter verschärfende soziale Ungleichheit innerhalb von Staaten und zwischen den Weltregionen ist eine zentrale Ursache vieler Konflikte – und macht eine aktive

sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik notwendiger denn je.

Vor diesem Hintergrund gibt es wenige Gewissheiten. Konkrete außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen werden oftmals in einem Spannungsfeld zwischen unseren Werten und Interessen, zwischen unseren Zielen und unseren tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten getroffen werden. Kluge Außenpolitik muss mit Sorgfalt und Weitsicht komplexe Konfliktursachen berücksichtigen und nicht selten auch die Konsequenzen von Handeln oder Nicht-Handeln umsichtig gegeneinander abwägen.

Für Frieden, Stabilität und gerechte Entwicklungschancen einzutreten, bleibt dabei ohne jeden Zweifel unser Kompass. Sozialdemokratische Friedenspolitik hat zum Ziel, Dialog und Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen zu fördern und Gewalt einzudämmen, das Völkerrecht und die Menschenrechte zu stärken, die Globalisierung zu gestalten und entlang unseres Verständnisses von umfassender Sicherheit die internationalen Beziehungen zu gestalten. Die Europäische Union, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen wollen wir zur politischen Gestaltung der Globalisierung stärken. Hierbei sind die transatlantischen Beziehungen für uns von zentraler Bedeutung. Auch wenn die Herausforderungen neue und die Rahmenbedingungen andere sind: Friedenspolitik im Sinne Willy Brandts und Egon Bahrs sowie globale Ordnungspolitik im Sinne Helmut Schmidts, um politische Strukturen zur Zügelung der Finanzmärkte und für fairen Wettbewerb aufzubauen, sind für uns auch im 21. Jahrhundert Auftrag und Verpflichtung zugleich!

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Deutschlands politisches Gewicht ist in den zurückliegenden Jahren gewachsen. Unser Land ist zu einem gefragten Partner bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und aktiv einen stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme zu leisten. Zentral ist für uns: Erfolgreiche deutsche Friedenpolitik kann es nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern geben. Grundlegend für unser Engagement ist unser Konzept eines effektiven Multilateralismus ebenso wie ein umfassender Sicherheitsbegriff, der soziale, wirtschaftliche, kulturelle und menschenrechtliche Aspekte bei Konfliktprävention und -lösung mit einschließt. Bei der Formulierung einer fortschrittlichen, vorausschauenden Außenpolitik sind unsere Grundwerte Maßstab und Richtschnur. Wir sind überzeugt: Eine solche Politik ist die effektivste und nachhaltigste Form von Konflikt- und somit auch Fluchtursachenbekämpfung.

### **Für ein starkes Europa als Partner in der Welt**

Die Vielzahl von Konflikten in Europas direkter Nachbarschaft macht deutlicher als je zuvor: Wir können Konfliktursachen nur im engen Verbund mit unseren europäischen und internationalen Partnern in der EU und der NATO sowie den Vereinten Nationen und im Europarat lösen. Für uns gilt unverändert: Ein starkes Europa ist das zentrale Instrument zur Gestaltung der Globalisierung. Mit Entschlossenheit wollen wir deshalb weiter an einem starken und handlungsfähigen Europa arbeiten. Hierbei ist für uns auch im 21. Jahrhundert das unter einzigartigen Umständen gewachsene Verhältnis zu Frankreich

und auch zu Polen von herausragender Bedeutung. Auch vor dem Hintergrund dieser besonderen Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses stehen Deutschland und die SPD nach den menschenverachtenden Anschlägen von Paris solidarisch an der Seite Frankreichs. Frankreich bat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union um Unterstützung und Solidarität und hat sich dabei – erstmalig in der EU-Geschichte - auf die in Art. 42 Abs. 7 des Vertrages über die Europäische Union verankerte „Beistandsklausel“ berufen. Angesichts der umfassenden Bedrohung durch den IS, haben Deutschland und andere Länder der EU Frankreich und der internationalen Allianz gegen den IS ihre Unterstützung zugesagt. Aus der Beistandspflicht ergibt sich kein Automatismus, einen bestimmten Umfang an Unterstützungsleistungen einzubringen. Wir wollen keine Bodentruppen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Anschläge einstimmig verurteilt und hat die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und ihre Anstrengungen zu verstärken und zu koordinieren, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu unterbinden“. Der sogenannte Islamische Staat sei eine „beispiellose Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.“ Klar ist, dass der Terrorismus am Ende nicht allein militärisch besiegt werden kann. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus wie auch die Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien kann nur mit einem umfassenden Ansatz gelingen, der vor allem auch politische und diplomatische Mittel einschließt und auf der Grundlage des Völkerrechts basiert. Der in Wien begonnene Prozess für eine politische Lösung des syrischen Bürgerkriegs hat daher weiter oberste Priorität.

Politischer Mut und Beharrlichkeit sind notwendig, um weitere Schritte auf dem Weg zur Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses zu gehen – dies gilt für zentrale Fragen europäischer Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Innen- und Justizpolitik und nicht zuletzt auch der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Finanz- und Bankenkrise, deren akute soziale und wirtschaftliche Folgen in vielen Teilen Europas immer noch spürbar sind, hat strukturelle Schwächen der europäischen Zusammenarbeit offengelegt. Die mangelnde Solidarität Europas im Umgang mit der Flüchtlingskrise belastet das europäische Projekt sehr. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass gerade der gemeinsame Wille zur Integration, Solidarität und Zusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass sich unser Kontinent friedlich entwickelt hat und heute die sicherste und wohlhabendste Region der Welt ist, in der die Menschen frei und mit großen Chancen leben können. Vor allem deshalb suchen so viele Flüchtlinge aus aller Welt Schutz vor Krieg, Verfolgung und Not in diesem Europa. Dieses Europa dürfen und werden wir uns auch nicht durch Terror, Gewalt und Fanatismus kaputt machen lassen.

Hinzu kommt: Nur eine nach innen solide verfasste sowie effizient und demokratisch regierte Europäische Union wird in der Welt des 21. Jahrhunderts Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Gestaltung der Globalisierung nehmen können. Innere Verfasstheit und äußere Gestaltungskraft der EU sind auf das Engste miteinander verbunden. Nur gemeinsam können wir das europäische Gesellschaftsmodell, das Demokratie, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt miteinander verbindet, im Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt behaupten.

Zur Erreichung unserer außenpolitischen Ziele sind und bleiben die USA der engste

Partner Deutschlands außerhalb Europas – dies gilt trotz mancher Belastungsproben, vor die das transatlantische Verhältnis in den zurückliegenden Jahren gestellt wurde. Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und den USA ist ein Baustein zur Durchsetzung gemeinsamer Werte und Interessen – insbesondere auch in internationalen Organisationen und multilateralen Foren wie den G7, den G20 oder der Welthandelsorganisation. Demokratie und Rechtsstaat, gleiche Freiheitsrechte und mehr Wohlstandschancen, die Reduzierung von Armut und Krankheiten, nachhaltige Entwicklung und Kampf gegen den Klimawandel stehen im Zentrum unserer außenpolitischen Agenda. Gemeinsam mit den USA und unter aktiver Einbindung weiterer Partner wollen wir an der Stärkung von multilateralen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, der NATO, dem Europarat oder der OSZE arbeiten.

Unser langfristiges Ziel bleibt es, Strukturen für eine Weltinnenpolitik zu schaffen, die gerade in einer immer enger vernetzten Welt unabdingbar ist. So herausfordernd dieser Weg auch ist: Pragmatisch arbeiten wir weiter auf unsere Vision von globalem Fortschritt hin!

## **II. Für eine neue gesamteuropäische Friedensordnung**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verfolgt seit ihrer Gründung vor mehr als 150 Jahren eine Politik des Friedens und der internationalen Verständigung. Willy Brandt und Egon Bahr haben uns mit der Friedens- und Entspannungspolitik ein großes Erbe hinterlassen. Sie haben mit ihrer Ostpolitik die Blockkonfrontation aufgebrochen und den Grundstein für das Ende der Teilung Deutschlands und Europas gelegt. Ihre Politik der kleinen, praktischen Schritte und der Kooperation auf Grundlage gemeinsamer Interessen war geleitet von der Überzeugung, dass die Blockadehaltung des Kalten Krieges durchbrochen werden muss und Wandel nur durch Annäherung erzielt werden kann. Wir fühlen uns diesem Erbe verpflichtet. Auch heute leiten uns diese Erfahrungen bei unseren Bemühungen, das durch die gewaltsame und völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die militärischen Infiltration der Ostukraine schwer belastete Verhältnis zu Russland zu gestalten.

Mit ihrem Vorgehen in der Ostukraine und dem Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim hat die russische Regierung fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung verletzt - Prinzipien, die in der KSZE-Schlussakte von 1975 wie auch in der Charta von Paris 1990 festgeschrieben sind. Deshalb hat die EU auch in Abstimmung mit unseren Partnern in der NATO Sanktionen verhängt. Sie können jederzeit bei Wegfall der Gründe beziehungsweise schrittweise aufgehoben werden, wenn der politische Prozess und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen substantielle und nachhaltige Fortschritte machen. Viele unserer mittel- und osteuropäischen Partner in EU und NATO sehen ihre sicherheitspolitischen Interessen und ihre nationale Sicherheit substantiell gefährdet. Durch diese Entwicklungen befindet sich Europa in der schwersten außen- und sicherheitspolitischen Krise seit dem Ende des Kalten Krieges. Wir stehen zu einer handlungsfähigen NATO und erkennen den Anspruch der mittel- und osteuropäischen Partner an, im Bündnis Schutz vor Aggressionen zu finden. Zugleich ist für uns Sozialdemokraten klar: Es kann keine militärische Lösung des aktuellen Ukraine-Konfliktes geben. Deutschland hat sich deshalb konsequent gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund hat sich

Deutschland nachdrücklich und beharrlich für eine politische Lösung des Konfliktes eingesetzt und stets auf Vermittlung und Deeskalation hingearbeitet. Als Mitbegründer des Normandie-Formats haben Deutschland und insbesondere Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen bedeutenden Beitrag geleistet, um Fortschritte bei der Überwindung der Ukraine-Krise möglich zu machen. Mit dem Minsker-Abkommen vom Februar 2015 ist es gelungen, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Trotz mancher Rückschläge gibt die weitgehende Einhaltung der Waffenruhe wie auch der Abzug schwerer Waffen Hoffnung auf dauerhaften Frieden in der Ukraine. Überwacht durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind nun alle Akteure weiterhin dazu verpflichtet, die Vereinbarung umzusetzen. Dies schafft die Grundlage für einen politischen Prozess zur Überwindung der aktuellen Krise, zugleich aber auch für die Gestaltung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Denn dauerhaften Frieden und Sicherheit in Europa kann es nur mit, nicht ohne oder gegen Russland geben! Zudem gilt: Es liegt im deutschen und gesamteuropäischen Interesse, dass sich Russland an der Lösung internationaler Konflikte und Herausforderungen, wie im Nahen und Mittleren Osten beteiligt.

Die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa kann nur gelingen, wenn auf der Basis europäischer und internationaler Prinzipien Russland mit uns den Weg zu einer Politik der Kooperation beschreitet, die die legitimen Interessen aller Akteure berücksichtigt. Kurz- und mittelfristiges Ziel einer schrittweisen Wiederannäherung ist, der nachhaltige Abbau militärischer Spannungen, nicht nur in der Ostukraine. Hierfür ist auch die Rückkehr zu einem politischen Dialog zwischen NATO und Russland von hoher Bedeutung, für die beide Seiten sich verantwortungsvoll engagieren müssen.

Beim schrittweisen Aufbau einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung muss die OSZE eine zentrale Rolle spielen: Die OSZE hat in der Ukraine-Krise unter Beweis gestellt, dass sie eine vermittelnde Rolle spielen kann, da sie als einzige internationale Organisation alle relevanten Akteure umfasst und an einen Tisch bringen kann. Deutschland wird seinen OSZE-Vorsitz 2016 auch dazu nutzen, die Rolle der OSZE als konkret handelnden Akteur und Vermittler zu stärken. Auch zur Wiederherstellung von Berechenbarkeit und Vertrauen in den Beziehungen zwischen EU, Russland und den USA werden wir die OSZE verstärkt brauchen.

Trotz der aktuellen Krise müssen alle Seiten konstruktiv an der Identifizierung sich überschneidender Interessen arbeiten, beispielsweise in der Wirtschafts- und Handelspolitik, bei Abrüstung und Rüstungskontrolle aber auch in der Bewertung internationaler Krisen und Konflikte. Die Lage in Syrien, der Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat, aber auch Überlegungen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok oder zu einem neuen Anlauf für einen gesamteuropäischen KSE-Vertrag können zu weiteren Schritten der Annäherung und bi- wie auch multilateralen Zusammenarbeit führen. Zur Entstehung von neuem Vertrauen kann auch der Austausch zwischen den Zivilgesellschaften einen wichtigen Beitrag leisten. Diesen Austausch wollen wir weiter intensivieren und setzen uns für die Wiederbelebung und Stärkung bestehender Formate, wie etwa dem deutsch-russischen Jugendaustausch ein.

Zeitgleich zu unseren Bemühungen zur Beilegung der aktuellen Krise und zur Neuausgestaltung des Verhältnisses zu Russland müssen wir intensiv und mit hoher

Priorität an einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der Ukraine arbeiten. Dies ist eine zentrale Aufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik der kommenden Jahre. Die politisch Verantwortlichen in der Ukraine sind gefordert, sich den großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen und zu bewältigen. Zentral ist hierbei, das politische System zu modernisieren, die Korruption zu bekämpfen, die Einheit und territoriale Integrität des Landes politisch zu fördern sowie den wirtschaftlichen Aufbau aller Landesteile zu leisten. Hierbei werden wir das Land aktiv unterstützen und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür ein, dass die Ukraine hierbei auch materiell ausreichend Unterstützung erfährt.

Die Ukraine und auch die übrigen Länder der Östlichen Partnerschaft haben das uneingeschränkte Recht, selbst frei über die Ziele ihre außenpolitischen Zusammenarbeit und Assoziierung zu entscheiden. Ihr Wunsch der politischen und wirtschaftlichen Annäherung an die Europäische Union ist nicht gegen andere Länder gerichtet und kann auch nicht von der Zustimmung Dritter abhängen. Auch dieses Prinzip folgt den Grundsätzen der KSZE. Mit einer systematischen Politik frühzeitiger und transparenter Konsultationen können allerdings Auffassungsunterschiede ausgeräumt werden. Ebenso sollte eine gemeinsame europäische Sicherheitsstruktur mit Russland und den Staaten der Östlichen Partnerschaft kontinuierlich beraten werden. Die OSZE bietet auch hierfür den geeigneten Rahmen.

Die Beziehungen zu Russland auf eine belastbare und möglichst vertrauensvolle Grundlage zu stellen, ist nicht nur eine gesamteuropäische Herausforderung, sondern muss zugleich auch verstärkt im transatlantischen Rahmen angegangen werden. Die sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik hat bewiesen, dass Deutschland hierbei eine wichtige Funktion und eine besondere Rolle übernehmen kann. Deshalb werden wir diese Aufgabe mit eigenen Initiativen und Impulsen immer wieder vorantreiben.

### **III. Für eine vorausschauende Friedenspolitik – Globalisierung gestalten**

Deutschland hat in den letzten Jahren verstärkt Verantwortung übernommen, um Krisen zu entschärfen und Gewalt zu beenden. Deutschland verfolgt eine aktive, vorausschauende und verantwortungsvolle Außenpolitik. Das Ausmaß von Gewalt und Vertreibung weltweit verdeutlicht eindringlich, dass Elemente ziviler Krisenprävention und Konfliktregelung weiter gestärkt werden müssen. Wir sind davon überzeugt: Eine nachhaltige Lösung von Konflikten ist nur politisch möglich - militärische Mittel können allenfalls und nur gedeckt durch das Völkerrecht ein Teil von Konfliktbeilegung sein. Sozialdemokratischer Friedenspolitik hat zum Ziel Frieden und Dialog zu fördern sowie Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. In diesem Bewusstsein hat die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem Gesamtkonzept und dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wichtige Grundlagen zur konkreten Umsetzung einer vorausschauenden und aktiven Friedenspolitik geschaffen. Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) sowie den Zivilen Friedendienst (ZFD) und das Förderprogramm „zivik“ sind heute etablierte und wichtige Instrumente, die wir weiter entwickeln wollen. Wir setzen uns für eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung dieser Programme und Institutionen ein. In der aktuellen Bundesregierung haben wir

unser Engagement weiter verstärkt und konkretisiert. Das Auswärtige Amt haben wir zu diesem Zweck umstrukturiert und eine neue Abteilung „Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitäre Hilfe“ eingerichtet. Im Bereich der Krisenfrüherkennung, Stärkung der Mediation und der ressortübergreifenden Zusammenarbeit setzen wir neue Initiativen um. Konfliktvorsorge und humanitäre Hilfe gehören zusammen. Humanitäre Hilfe kann dazu beitragen, Konflikte zu mindern, in dem sie Menschen in Not ihre Existenz sichert und ihnen eine Zukunftsperspektive bietet. Um von allen Konfliktparteien respektiert zu werden, muss sie unparteilich und unabhängig handeln. Angesichts der weltweit dramatischen Flüchtlingslage hat Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Der internationale Bedarf ist jedoch nur zur Hälfte gedeckt, jener für Syrien und die syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern zu 41% bzw. 56%. Eine solche Unterfinanzierung bedeutet unendliches Leid für die hilfsbedürftigen Menschen. Deshalb werden wir unser politisches Gewicht in die Waagschale werfen, damit die internationale Gemeinschaft ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden kann.

Krisenprävention und Konfliktlösung ist eine globale Aufgabe. Ein wichtiges Ziel deutscher Außenpolitik muss es weiterhin sein, die zentralen internationalen Institutionen zur Krisenprävention, allen voran den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie der Europäischen Union zu befähigen, eine stärkere Rolle einzunehmen.

Die Vereinten Nationen sind – auch 70 Jahre nach ihrer Gründung – die einzige vertragsbasierte Staatenorganisation mit universellem Anspruch, die über die Einhaltung des Friedens in der Welt wacht. Sie sind und bleiben für uns der zentrale institutionelle Rahmen, um konkrete Lösungsvorschläge für die großen Herausforderungen unserer Zeit im globalen Rahmen zu entwickeln und umzusetzen. Um die Vereinten Nationen zu stärken und ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen, setzen wir uns mit Nachdruck für eine Stärkung und Reform der VN-Strukturen ein. Hierzu gehört, die Bedeutung der VN-Vollversammlung zu erhöhen, internationale Gerichtsbarkeit und das Völkerrecht zu stärken und auch die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Sicherheitsrats zu reformieren. Im Rahmen einer künftigen Reform streben wir einen gemeinsamen europäischen Sitz im höchsten Gremium der VN an. Zentrale Themenfelder, in denen die Rolle der Vereinten Nationen gestärkt werden müssen, sind insbesondere die Bereiche Klimapolitik und Migration. Um die wichtige Rolle der VN im Rahmen ihrer Friedensmissionen noch aktiver zu unterstützen, wird sich Deutschland hieran in Zukunft finanziell und auch personell noch stärker beteiligen und den Vereinten Nationen bedarfsorientiert und mit angemessener Flexibilität spezialisierte Hochwert-Fähigkeiten anbieten und zur Verfügung zu stellen.

Seit dem Völkermord in Ruanda und den Massakern in Srebrenica hat die internationale Gemeinschaft die Notwendigkeit einer Responsibility to Protect (R2P), einer internationalen Schutzverantwortung zur Verhinderung massiver und systematischer Menschenrechtsverletzungen anerkannt. Präventive zivile Instrumente zum Schutz der Bevölkerung genießen dabei ausdrücklich den Vorrang vor militärischen Maßnahmen. Deutschland sollte sich in Europa und international verstärkt für eine größere Akzeptanz des Schutzverantwortungskonzeptes stark machen. Wir wollen insbesondere die zivilen Instrumente in der deutschen und europäischen Außen- und Entwicklungspolitik fördern,

so dass gefährdete Staaten in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Reform des Sicherheitssektors und Stärkung der Zivilgesellschaft präventive Unterstützung erhalten kann. Kapazitäten des Auswärtigen Amtes zur Umsetzung der Schutzverantwortung wollen wir finanziell und personell stärken. Auf Ebene der Vereinten Nationen wollen wir die Rolle der beiden Sonderberater für Völkermordprävention und Schutzverantwortung aufwerten.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als dritte Säule deutscher Außenpolitik leistet einen wichtigen Beitrag für eine vorausschauende Friedenspolitik. Weltweit schafft sie mit ihren zahlreichen Mittlerinstitutionen aus den Bereichen Sprache, Kunst, Kultur und Wissenschaft mehr Chancen für Bildung und Entwicklung und stärkt nachhaltig die Zivilgesellschaften. Damit wirbt die AKBP nicht nur für Deutschland als einen weltweit verlässlichen Partner, sondern verwirklicht grundlegende Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik. Auch und gerade in unserer von Krisen geprägten Zeit, in der diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen immer öfter starken Belastungen ausgesetzt sind, kommt der AKBP eine zentrale Rolle zu: Sie verwirklicht sozialdemokratische Außenpolitik als Friedenspolitik in Form einer aktiven und beharrlichen Friedensarbeit.

Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Außenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen ist die Stärkung der Rechte von Frauen. Denn auch 15 Jahre nach Inkrafttreten der Agenda der Vereinten Nationen für Frauen, Frieden und Sicherheit (VN-Resolution 1325) gilt: Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung können nur gelingen, wenn sie Frauen gleichberechtigt einbeziehen und geschlechtsspezifische Perspektiven sowie Geschlechtergerechtigkeit beachten. Frauen sind oft schutzlos Gewalt in bewaffneten Konflikten ausgesetzt. Um den Schutz von Frauen vor Gewalt in Konflikten allgemein zu verbessern, unterstützt Deutschland aktiv die Agenda der Vereinten Nationen für Frauen, Frieden und Sicherheit. Obgleich in den vergangenen 15 Jahren international einige beachtliche Fortschritte erzielt wurden, müssen wir nach wie vor die Rechte von Frauen mit allem Nachdruck und auf allen Handlungsebenen durchzusetzen.

Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen und -missionen im Rahmen von VN, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt, wie seit Beginn des Jahrtausends über 13 Jahre hinweg in Afghanistan. Dort werden wir uns auch über 2015 hinaus beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte engagieren und auch im zivilen Bereich beim Aufbau des Landes weiterhin helfen. Grundsätzlich gilt bei Auslandseinsätzen: Ein militärischer Beitrag Deutschlands muss immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein. Dies soll sich auch im neuen Weißbuch niederschlagen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen erfolgt nur, wenn ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen sowie die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts vorliegen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die geleistete Arbeit der Kommission des Deutschen Bundestags zur Überprüfung und Sicherung des Parlamentsvorbehalts, in der sich die SPD für eine Stärkung der Rechte des Bundestags erfolgreich eingesetzt hat.

Seit 60 Jahren leisten Männer und seit 2001 auch Frauen ihren Dienst in der Bundeswehr. Die Reform und Neuausrichtung der Bundeswehr muss konsequent weitergeführt werden, damit die Bundeswehr ihren Auftrag als moderne und attraktive



Freiwilligenarmee ausführen kann. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, moderne Infrastruktur sowie gesellschaftliche Anerkennung sind dafür wichtige Voraussetzungen. Die Soldatinnen und Soldaten müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen in ihren oftmals gefährlichen Einsätzen die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung steht und sie selbst bestmöglich ausgebildet wurden.

### **Internationalen Menschenrechtsschutz verbessern – Institutionen stärken**

Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer Außenpolitik. Dabei verstehen wir Menschenrechtspolitik als zentrale Querschnittsaufgabe, die alle Aspekte staatlichen Handelns umfasst. In Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit setzen wir uns dafür ein, dass die Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden. Deutschland ist seit 2013 Mitglied des VN-Menschenrechtsrats und hat durch die Übernahme des Vorsitzes im Jahr 2015 besondere Verantwortung für den weltweiten Menschenrechtsschutz wahrgenommen. Die Wiederwahl Deutschlands in den Menschenrechtsrat für den Zeitraum 2016 bis 2018 ist ein gutes Zeichen und gleichzeitig Verpflichtung, sich weiter mit großem Engagement einzubringen. Unsere Bemühungen zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe und Folter werden wir im Rahmen der VN sowie den weiteren einschlägigen Institutionen zum Schutz der Menschenrechte fortführen und noch weiter verstärken. Wir wollen auch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (StGH) stärker unterstützen.

Auf nationaler Ebene haben wir uns teilweise gegen massiven politischen Widerstand für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Arbeit des Deutschen Instituts für Menschenrechte auf Basis der Pariser Prinzipien eingesetzt. Für den Menschenrechtsschutz im Inland als auch international über die deutschen Mitwirkungsrechte in VN-Gremien wie dem Menschenrechtsrat ist dies ein wichtiges Signal.

### **Globalisierung gerecht gestalten**

Die aktuellen Krisen zeigen klarer als jemals zuvor: Eine friedlichere Welt ist nur mit sozialer Gerechtigkeit, der Überwindung von Armut und nachhaltigem Wachstum zu erreichen. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist deshalb als weltweite Strukturpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene angelegt. Sie gründet auf der Überzeugung, dass die großen globalen Zukunftsaufgaben – vom Kampf gegen Hunger und Armut über den Klimawandel bis hin zu bewaffneten Konflikten und weltweiten Migrationsbewegungen – nur gemeinsam zu bewältigen sind. Die SPD tritt ein für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Zentrale Ziele unserer Politik bleiben die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte.

Entwicklungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie umfassend und in Verzahnung mit anderen Politikfeldern gedacht und implementiert wird. Wichtige Beispiele hierfür sind der Aufbau gerechter Steuersysteme, global-verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards in Produktions- und Lieferketten, menschenwürdige Arbeit sowie die Unterstützung ärmerer Länder bei der Bewältigung der Folgen von Klimaschäden. Neben

internationaler Unterstützung ist eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit außerdem auf verantwortliche Regierungsführung und eine aktive Zivilgesellschaft vor Ort angewiesen. Das Ziel, zur angemessenen Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzuwenden, wollen wir schnellstmöglich erreichen. Zugleich wollen wir Ansätze zur Entschuldung von Entwicklungsländern weiterentwickeln. Dabei sollte Entschuldung wie bei der HIPC-Initiative eng an Armutsbekämpfungsprogramme sowie Initiativen zur Stärkung von Frauen und Mädchen in den betreffenden Ländern geknüpft sein. Grundsätzlich wollen wir die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance stärken. Dafür sollen in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen wie Weltbank und IWF die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben.

Die heutige Bilanz der weltweiten Entwicklung fällt – im 15. der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) – gemischt aus. Denn trotz großer Erfolge, wie zum Beispiel bei der weltweiten Armutsbekämpfung, stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen, um nachhaltige Entwicklung in seiner sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension weltweit zu ermöglichen. Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, die im September 2015 von den VN beschlossen wurde, greift diesen dringenden Handlungsbedarf mit den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) auf. Die SDGs gehen mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen weit über die bisherigen Entwicklungsziele hinaus. Darüber hinaus gelten diese universell für das Handeln aller Staaten, und nicht nur für die Entwicklungsländer. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die globale Aufgabe der Nachhaltigkeitsförderung gemeinsam und wirkungsvoll anzugehen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Post 2015-Agenda kohärent umgesetzt wird. Für die Bundesrepublik gilt auch, dass die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bei der nächsten Fortschreibung an der Post 2015-Agenda ausgerichtet werden muss, um damit auch die internationale Dimension von Nachhaltigkeit angemessen zu berücksichtigen.

Wir Sozialdemokraten wissen um die Ursachen von Kriegen, Krisen und Konflikten. Dazu gehören vor allem, wirtschaftliche Unterentwicklung, postkoloniale Strukturen, mangelnde Chancen am globalen Wettbewerb erfolgreich teilzunehmen und die wachsende Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Staaten und Regionen. Die 80 reichsten Personen auf der Welt besitzen so viel wie die ärmeren 50% der Weltbevölkerung zusammen. Ihr Vermögen hat sich zwischen 2009 und 2014 verdoppelt. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über die Hälfte des gesamten Vermögens der Welt. Die Einsicht wächst, dass Ungleichheit, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und Klimawandel auch die wirtschaftliche Entwicklung massiv hemmen. Weltweit nimmt daher die Kritik am herrschenden Globalisierungsmodell zu. Wir sind gefordert, die Globalisierung auch ökonomisch tiefgreifend neu zu gestalten.

Ein zentrales Instrument zur politischen Gestaltung der Globalisierung ist es, die weltweiten und zunehmend miteinander verwobenen Produktions- und Lieferketten menschenwürdig zu gestalten. Dafür brauchen wir allgemeingültige verbindliche Regelungen und Standards, die auch in Handelsverträgen abzusichern sind. Wir setzen uns daher bei allen Regelungen in EU-Zuständigkeit, etwa bei der Richtlinie zur Einfuhr von Konfliktmineralien, sowie bei allen Assoziierungs- und Handelsabkommen für verbindlich anzuwendende Zertifizierungssysteme ein. Verantwortungsbewusste

Unternehmen richten ihre Ziele bereits freiwillig und aus eigenem Interesse auch an sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien aus. Jedoch sind Lohndumping, Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, unmenschliche Arbeitsbedingungen, Organisationsverbote und gravierende Sicherheitsmängel am Arbeitsplatz in vielen Produktionsstätten weiterhin prägend. Für den Schutz der Menschenrechte in den weltweiten Produktions- und Lieferketten sind die 2011 im VN-Menschenrechtsrat verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass der durch die Bundesregierung eingeleitete Prozess zur Umsetzung dieser Leitprinzipien im Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte im Jahr 2016 zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird. Für eine sinnvolle Weiterentwicklung im Textilbereich fordern wir außerdem auch die Einführung eines europäischen Zertifizierungssystems für faire Produktions- und Lieferketten. Um grundsätzlich Menschenrechte in den Wertschöpfungs- und Lieferketten zu verbessern, muss auch über Fortschritte im Bereich Unternehmensverantwortung und deren Sorgfaltspflichten nachgedacht werden. Dies umfasst auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts oder auch den Abbau prozessualer Hürden wie z.B. vereinfachte Klagemöglichkeiten oder Prozesskostenreduzierung. Es betrifft auch die strukturelle Reform der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze. Die deutsche und europäische Entwicklungspolitik sowie die Handels- und Verbraucherpolitik sind gefordert, auf die Einhaltung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards wie auch der VN-Behindertenrechtskonvention (CRPD) hinzuwirken und durch Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu begleiten. Dazu sind lokale Regierungen bei der Umsetzung der Standards zu unterstützen und auch der lokale, private Sektor einzubeziehen. Ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen, die gegen die elementaren Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verstoßen, müssen geächtet werden. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass soziale Mindeststandards weltweit realisiert, menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen geschaffen und soziale Sicherheit und der Dialog zwischen Sozialpartnern gestärkt werden.

### **Eine globale Agenda für nachhaltiges Leben und Wirtschaften**

Der voranschreitende Klimawandel und die damit verbundenen Auswirkungen wie die Zunahmen von Überflutungen und Dürren, die Erwärmung und Versauerung der Weltmeere, der Verlust an Biodiversität sowie eine geringere Produktivität der Landwirtschaft stellt eine der größten globalen Herausforderungen überhaupt dar. Die Folgen dieser Entwicklungen wie Hungerkatastrophen, Staatszerfall sowie die weitere Zunahme von Flüchtlingsströmen, die wegen der Folgen des Klimawandels aus ihrer Heimat fliehen, sind in Zukunft von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung. Deutschland muss durch sein Engagement im Bereich des Klimaschutzes weiter vorangehen und mit Partnern Allianzen für den Klimaschutz bilden. Um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten, sind entschlossene Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft erforderlich. Zwar haben sich die Staats- und Regierungschefs auf dem G7-Gipfel in Elmau im Juni 2015 grundsätzlich auf die Abkehr von fossilen Energieträgern und den dafür notwendigen Umbau der Energiewirtschaft bis 2100 verständigt. Jedoch müssen weitere, konkrete Ergebnisse folgen. Mit der Anfang Dezember in Paris stattfindenden VN-Klimakonferenz besteht nun gleichermaßen Chance

und Verpflichtung der internationalen Staatengemeinschaft, einen ambitionierten Klimavertrag zu beschließen.

Für den Erfolg, dass für mehrere Jahrzehnte verbindlich gelten muss, wird es wichtig sein, dass das Abkommen fair ausgestaltet ist. Hier sind die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten der Staaten zu berücksichtigen und schwächere Länder durch stärkere zu unterstützen. Um auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können, ist es außerdem erforderlich, kein starres sondern ein dynamisches Abkommen zu erreichen, das die nachträgliche Verschärfung nationaler Klimaziele ermöglicht. Die deutsche Energiewende ist weltweit einzigartig. Deutschland hat mit der Energiewende, seiner Hochtechnologie und einer soliden Umweltbilanz eine gute Ausgangsposition, zukünftig eine progressive „Energieaußenpolitik“ als zentrales Projekt deutscher Außen- und Entwicklungspolitik zu etablieren – im Sinne eines substantiellen Beitrags zu Klimaschutz und zur Energiegerechtigkeit weltweit. Erste praktische Schritte hin zur globalen Energietransformation können getan werden, indem die Entwicklungszusammenarbeit konsequent auf die Förderung von erneuerbarer Energien und den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung sowie der Unterstützung bei der sozialverträglichen Gestaltung von Übergängen aus den traditionellen Energiesektoren setzt.

In unserem sozialdemokratischen Verständnis kann nur ein wirtschaftlicher Entwicklungspfad, der den Schutz der natürlichen Ressourcen berücksichtigt und auch die Armen vom Wirtschaftswachstum profitieren lässt, nachhaltig sein. Dafür bedarf es des Auf- und Ausbaus sozialer Sicherungssysteme und die Schaffung von guter Arbeit (Decent Work). Dabei sollte ein besonderer Schwerpunkt auf die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries) liegen.

### **Friedenspolitik für eine Region im Umbruch - der Nahe Osten**

Keine Region der Welt ist derzeit so stark von Krieg und Konflikt gezeichnet wie der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika. Die Proteste, Auseinandersetzungen und Umstürze sind nicht zuletzt auf große soziale und wirtschaftliche Probleme zurückzuführen. Die Umbrüche der letzten Jahre in dieser Region haben für uns in Europa direkte Auswirkungen. Mit wenigen Ausnahmen haben sich die seit 2011 mit den Protesten in den arabischen Ländern verbundenen Hoffnungen auf einen demokratischen Aufbruch und einer Verbesserung der Lebensumstände nicht erfüllt. Nicht mehr Freiheit und Gerechtigkeit, sondern mehr Gewalt und Instabilität prägen heute die Lebensrealität vieler Menschen in der Region. Eine wesentliche Ursache für die gewaltsamen Konflikte in der Region ist der Ausschluss von politischen Kräften aufgrund von konfessionell und ethnisch begründeten Machtstrukturen. Ohne Machtteilung und inklusives Regieren werden sich deshalb die Bürgerkriege und der Prozess des Staatszerfalls in der Region fortsetzen.

Syrien ist mit über 250.000 Toten, über 1 Millionen Verletzten und fast 11 Mio. Flüchtlingen die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Für uns ist klar, dass der Bürgerkrieg in Syrien nicht militärisch gelöst werden kann. Nach fast fünf Jahren des Kämpfens und Blutvergießens ist dies unbestreitbar. Die Komplexität des mittlerweile zum regionalen und religiösen Stellvertreterkrieg angewachsen Konfliktes in Syrien

fordert stattdessen intensive und umfassende diplomatische Anstrengungen. Dass diese  
570 Anstrengungen lohnen und zu Erfolgen führen können, zeigt die Sicherung und  
Vernichtung der chemischen Waffen Syriens durch internationale Partner, die sich dabei  
auf einen Beschluss des VN-Sicherheitsrates berufen konnten. Für eine politische Lösung  
müssen auch alle regionalen Mächte mit eingebunden werden. Die zurückliegenden  
Treffen in Wien zur Zukunft Syriens geben Anlass zur Hoffnung. Trotz fortbestehender  
Differenzen ist es gelungen, Saudi-Arabien, Iran, USA, Russland und weitere relevante  
Akteure an einen Tisch zu bringen. Nun muss der politische Prozess für die Lösung des  
Syrienkonflikts weiter vorangetrieben werden; dabei unterstützen wir nachdrücklich die  
Bemühungen des deutschen Außenministers. Eine politische Lösung muss eine Zukunft  
für Syrien ohne Assad anstreben. Eine große Anzahl der syrischen Flüchtlinge lebt in den  
angrenzenden Ländern, in denen die Lebensbedingungen insgesamt verbessert werden  
müssen, ausreichend Essen vorhanden und Schulbildung für Kinder möglich ist. Dies ist  
entscheidend, damit sich die Menschen nicht erst auf einen lebensgefährlichen Fluchtweg  
machen müssen. Um dies zu erreichen, muss jetzt die internationale humanitäre Hilfe für  
die Bevölkerung in Syrien und den syrischen Flüchtlingen vor allem in der Türkei, im  
Libanon und in Jordanien deutlich erhöht werden. Deutschland hat deshalb  
Hilfzahlungen mehrmals deutlich aufgestockt. Aber auch unsere europäischen Partnern  
und die gesamte internationale Gemeinschaft sind dringend aufgerufen, ebenso schnell  
und entschieden zu handeln. Auch auf Initiative Deutschlands haben am Rande der VN-  
Generalversammlung die G7- und weitere Staaten insg. 1,8 Milliarden Dollar für die  
Flüchtlinge aus Syrien und der Region zugesagt. Wir begrüßen darüber hinaus, dass  
gemeinsam mit Großbritannien und Norwegen für Februar 2016 eine erneute  
Geberkonferenz geplant ist, um die Not der Flüchtlinge im Nahen und Mittleren Osten zu  
lindern.

Der Vormarsch der fanatischen Terroristen des sogenannten „Islamischen Staates“  
insbesondere im Irak und Syrien ist besorgniserregend und fordert unsere  
Wertegemeinschaft als Ganze heraus. Angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen  
und des Mordens an Jesiden, Kurden, Christen und anderen Minderheiten haben wir uns  
nach intensiven Beratungen und gewissenhaftem Abwägen entschieden, neben der  
dringenden humanitären Hilfe, auch eine umfassendere Unterstützung der kurdischen  
Peschmerga im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ zu leisten. Dabei geht es  
um militärische Ausrüstung, Ausbildung und auch die Lieferung von Waffen. Hierfür  
haben wir uns in diesem Einzelfall entschieden, um so einen Beitrag zur Stabilisierung der  
Region zu leisten. Solange der Islamische Staat weiter die Menschen im Irak bedroht,  
muss die humanitäre und militärische Hilfe fortgesetzt werden. Dabei muss der  
Grundsatz gelten, dass die zivile Hilfe den Schwerpunkt unserer Unterstützung bildet.

Dass das iranische Nuklearprogramm unter internationale Kontrolle gestellt wird, ist ein  
großer Erfolg für die deutsche und europäische Außenpolitik. Die Hohen Vertreterinnen  
für Außenpolitik Catherine Ashton und Federica Mogherini haben durch ihre  
Verhandlungsführung einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass dieser oftmals  
schwierige Prozess nach zehn Jahren beharrlicher diplomatischer Bemühungen zu einem  
Ergebnis geführt hat. Die Einigung im Atomkonflikt mit dem Iran ist darüber hinaus ein  
wichtiges Signal und ein erfolgreiches Gegenbild zu den vielen Krisen und Konflikten im  
Nahen Osten. Damit verbindet sich auch die Hoffnung, dass die Einigung im Atomstreit  
Impulse für Kooperation und Verständigung in der Region insgesamt gibt. Eine

erfolgreiche Umsetzung stärkt Stabilität und Friedensperspektiven in der Region und kann zugleich im Iran dazu beitragen, jene Kräfte zu stärken, die sich für eine Öffnung des Landes und eine stabilisierende Rolle in der Region einsetzen.

Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region, muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern ist seit dem Scheitern der Nahostfriedensinitiative von US-Außenminister John Kerry in schweres Fahrwasser geraten. Die Kräfte auf beiden Seiten, die ein Interesse an einem Aussöhnungsprozess haben, drohen ins Hintertreffen zu geraten. Auch in der aktuell äußerst angespannten Situation erwarten wir von allen beteiligten Parteien, dass sie alles tun, um die gegenwärtige Lage zu deeskalieren. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Einseitige Schritte, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, wie der illegale Siedlungsbau in palästinensischen Gebieten, müssen beendet werden.

### **Afrika als Partner bei der Gestaltung der Globalisierung**

Die politische Bedeutung Afrikas in der Welt hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ausgehend von hohen Wachstumsraten sowie der großen Dynamik der innerafrikanischen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse wird Afrika immer mehr als „Chancenkontinent“ wahrgenommen. Dieser gewachsenen Bedeutung folgend treten afrikanische Staaten international mit zunehmend stärkerem politischen Gestaltungsanspruch auf. Erfolgreiche Afrikapolitik muss diese wachsenden Potentiale stärker fördern, um die großen Herausforderungen wie den Umgang mit Migrationsbewegungen, Auswirkungen des Klimawandels oder die Schaffung regionaler Friedensordnungen wirksamer zu adressieren. Dafür ist ein kohärenter Ansatz nötig, bei dem Lösungen gemeinsam mit unseren Partnern in Afrika sowie eng abgestimmt mit unseren europäischen und internationalen Partnern gefunden werden. Für uns ist dabei selbstverständlich, dass jegliches politisches Handeln nur eingedenk der eigenen Kolonialgeschichte auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden kann.

Mit der Afrikanischen Union (AU) und weiteren Regionalorganisationen haben die afrikanischen Staaten ihre Fähigkeiten zur Übernahme von Eigenverantwortung gestärkt. Konflikte verhindern, gewaltfreie Konfliktaustragung fördern, in Konflikten notfalls militärisch eingreifen – diese Fähigkeiten der Regionalorganisationen müssen auch durch Deutschland und die EU weiter unterstützt werden. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, alle Möglichkeiten der Konfliktprävention zu nutzen und den Transfer von Kriegswaffen, Rüstungsgütern oder auch sogenannten Kleinwaffen zu verhindern. Hier wollen wir insbesondere die afrikanischen Initiativen der Kleinwaffenkontrolle unterstützen.

Zur Erreichung nachhaltiger Friedensordnungen ist es erforderlich, dass sicherheitspolitische Unterstützung in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet ist. Hier liegt vor allem auch in der Förderung von Good Governance als bester Konfliktprävention

ein Schlüssel für dauerhaft tragfähige Sicherheit und Stabilität. Dabei ist die Bekämpfung der Korruption, die Ermöglichung friedlicher Machtwechsel durch Wahlen und die Stärkung weiterer fundamentaler Grundprinzipien der Demokratie wie der Ausbau der Meinungs- und Pressefreiheit. Auch und gerade im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen müssen die Anstrengungen der deutschen und europäischen Politik weiter verstärkt werden.

In unserem sozialdemokratischen Verständnis kann nur ein wirtschaftlicher Entwicklungspfad, der den Schutz der natürlichen Ressourcen berücksichtigt und die Armen vom Wirtschaftswachstum profitieren lässt, nachhaltig sein. Dafür bedarf es des Auf- und Ausbaus sozialer Sicherungssysteme und die Schaffung von guter Arbeit (Decent Work). Gerade in Afrika ist die Landwirtschaft ein Kernbereich für die Entwicklung. Hier wollen wir mit konkreten Initiativen nachhaltige Produktions- und Produktivitätssteigerung unterstützen, die gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schonen. Dabei sollte ein besonderer Schwerpunkt auf den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries) liegen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten und zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen plädieren wir für eine Partnerschaft und gemeinsame Rolle der europäischen und afrikanischen Staaten bei der Schaffung einer neuen internationalen Klimakonvention. Deutschland und Europa sollten die Anstrengungen bei der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern in diesem Bereich verbreitern, u. a. beim Wissenstransfer bei Wasserfragen, zum Schutz der Biodiversität, der Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags, der sozial- und umweltgerechten Stadtentwicklung, bei der stärkeren Verankerung von Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards im Rohstoffsektor etc. Denn nur so schaffen wir, den Klimawandel gemeinsam zu begrenzen und die Anpassung an den Klimawandel in Afrika zu erleichtern.

### **Asien – Kontinent im Aufbruch**

Asien ist ein Kontinent im Aufbruch. Die asiatischen und pazifischen Staaten konnten in den vergangenen Jahren vielerorts große Entwicklungssprünge im Bereich Wirtschaft und Handel wie auch beim Aufbau sozialstaatlicher Strukturen und der Armutsbekämpfung verzeichnen. Trotz jüngster Rückschläge sind China und andere asiatische Staaten in den vergangenen Jahren zu Konjunkturlokomotiven der Welt geworden. Auch die politische Bedeutung asiatischer Staaten, neben Japan allen voran China und Indien, nimmt global stetig zu. Dieser politische und wirtschaftliche Bedeutungsgewinn der Region hat unter anderem die USA veranlasst, ihre Außenpolitik wesentlich stärker auf den Pazifikraum auszurichten.

Zugleich entstehen in Asien, vor allem im Süd- bzw. Ostchinesischen Meer und aufgrund historisch gewachsener Rivalitäten zwischen China, Indien und Japan im Pazifikraum, neue erhebliche sicherheitspolitische Risiken von globaler Tragweite, auf die auch die deutsche und europäische Sicherheitspolitik reagieren muss. Insbesondere die militärische Aufrüstung in der Region bringt erhebliche Risiken mit sich. Mit dem Staatenverbund ASEAN ist zwar ein regionaler Stabilitätsanker entstanden, der mittlerweile eine bedeutsame Rolle für den regionalen Austausch und die Zusammenarbeit in Südostasien spielt. Politische Integration und Partnerschaft sind

allerdings insgesamt im Vergleich zu anderen Regionen der Welt noch immer eher schwach ausgeprägt.

Deutschland und Europa sind eng und umfassend in politischer, wirtschaftlicher Weise mit den Ländern Asiens vernetzt. Unser Interesse gilt einer stabilen, friedlichen, auf sozialen Ausgleich gerichteten und Menschenrechte gewährleistenden Entwicklung in der Region. Wir wollen die Länder des Asien-Pazifik-Raums stärker in der Lösung globaler Herausforderungen mit einbinden. Deutschland und Europa müssen weiterhin eine aktive Asien- und Pazifikpolitik verfolgen und sich dabei intensiv für regionale Sicherheitskooperation einsetzen sowie gemeinsames Handeln bei globalen Herausforderungen stark machen.

### **Lateinamerika und Karibik Partner für Deutschland und Europa**

In Lateinamerika und der Karibik sowie in Europa existieren politisch und kulturell vielfach vergleichbare Werte, Überzeugungen und Weltansichten. Die Potenziale für Zusammenarbeit bei der Lösung gemeinsamer Herausforderungen sind groß. Aus sozialdemokratischer Sicht bieten sich, vor allem die Bereiche starke Demokratien, soziale Gerechtigkeit und die Gestaltung der Globalisierung an, um einen breiten und substantiellen transatlantischen Dialog mit Lateinamerika und der Karibik weiter zu intensivieren. Lateinamerika und Europa verfolgen im Prinzip eine Weltordnung, die auf Zusammenarbeit, Regionalismus und Multilateralismus aufbaut. Klimawandel, die Post-2015-Agenda, Friedenssicherung, Abrüstung, eine sozial gerechtere und demokratisch legitimierte Gestaltung der internationalen Märkte, speziell der Finanzmärkte sowie eine Reform der internationalen Institutionen sind Herausforderungen, bei denen Europa und Lateinamerika verstärkt zusammenarbeiten sollten, um gemeinsam Fortschritte zu erzielen.

Wir begrüßen die im zurückliegenden Jahr erfolgte Annäherung zwischen Kuba und den USA und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Auch die Beziehungen zwischen der EU und Kuba haben sich deutlich intensiviert. Die jahrzehntelange Eiszeit scheint überwunden zu sein. Ein weiterer Erfolg ist das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Rebellenorganisation FARC. Dem mehr als 50 Jahre andauernden Bürgerkrieg fielen mehrere Hunderttausend Menschen zum Opfer. Jetzt besteht Hoffnung, dass dieses dunkle Kapitel in der Geschichte des Landes endlich geschlossen werden kann.

Lateinamerika hat seine autoritäre Vergangenheit weitgehend überwunden. Trotz aller fortbestehenden Schwierigkeiten haben die jungen Demokratien zuletzt an Rückhalt in der Bevölkerung gewonnen. Wirtschaftlicher Aufschwung, die Verbesserung der Einkommenssituation, Sozialpolitiken und die Reduzierung der Armut haben hierzu beigetragen. Zugleich ist klar: Demokratie ist ohne politische Parteien nicht denkbar. Für die deutsche Sozialdemokratie ist daher die Zusammenarbeit mit progressiven Parteien gerade in Lateinamerika mit seinen zahlreichen Parteien und Bewegungen ein direkter Beitrag zur Stärkung und zur Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten.

### **IV. Abrüstung und Rüstungskontrolle stärken**



Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich entschlossen für die weltweite, vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen und konventioneller Rüstung ein. Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Die Vernichtung syrischer Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht sowie die erreichte Übereinkunft über das iranische Atomprogramm sind wichtige Erfolge für die weltweite Rüstungskontrolle und die vertragsgestützte Abrüstung. Deutschland hat zu beiden Vereinbarungen beigetragen und spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung.

Die internationale Nuklearabrüstung steht insgesamt vor großen Herausforderungen. Seit dem Abschluss des New START-Abkommens zwischen den USA und Russland stagnieren die Bemühungen zur Reduzierung strategischer Nuklearwaffen. Die neunte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) scheiterte, nicht zuletzt an der Frage einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten. Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrags. Die Nuklearmächte wie auch die Nichtkernwaffenstaaten sind aufgefordert, ihre Verpflichtungen aus dem NVV zu erfüllen. Es sind dabei neue Initiativen zur Belebung der nuklearen Abrüstung dringend erforderlich. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass neue Abrüstungsgespräche zwischen den USA und Russland auch substrategische Waffen einbeziehen, die dann auch den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen ermöglicht.

Mit dem internationalen Verbot von Antipersonenminen durch die Ottawa-Konvention von 1997 und der Konvention gegen Streumunition (CCM), die im August 2010 in Kraft trat, konnten im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle wichtige Erfolge verzeichnet werden. Auch der Ende 2014 in Kraft getretene Vertrag über den Waffenhandel (ATT), der bis heute von über 70 Staaten ratifiziert wurde, ist als ein wichtiger Schritt zu begrüßen. Es gilt nun, dieses internationale Regelwerk weiter zu stärken und fortzuentwickeln.

Die Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle in und für Europa, die die verifizierbare Transparenz über moderne militärische Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt, bleibt für uns ein wesentliches Element für die Gestaltung der europäischen Friedensordnung. Die SPD setzt sich nachdrücklich für einen Neuansatz der konventionellen Rüstungskontrolle und eine flexible NATO-Position ein.

Die rasant fortschreitende Automatisierung von Waffensystemen stellt uns vor neuen Herausforderungen. Autonome Systeme, die selbst Entscheidungen bis hin zum Einsatz von Waffengewalt treffen, können sehr weitreichende Auswirkungen auf die Kriegsführung insgesamt haben und werfen eine Reihe schwerwiegender ethischer, völker- und verfassungsrechtlicher Fragen auf. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir daher festgeschrieben, dass wir uns international für eine völkerrechtliche Ächtung von Waffensystemen einsetzen, die autonom über den Waffeneinsatz entscheiden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass neue Waffensysteme international rüstungskontroll- und abrüstungspolitisch erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für den militärisch bedeutender werdenden Bereich der unbemannten Luftfahrzeuge (Drohnen). Extralegale, völkerrechtswidrige

Tötungen durch unbemannte Luftfahrzeuge lehnen wir kategorisch ab. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Bundeswehr auch zum Schutz von Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen, auf angemessene Ausrüstung angewiesen ist. Im Bereich der Luftaufklärung setzt die Bundeswehr bereits seit vielen Jahren verschiedene Drohnentypen ein, die einzig zu Aufklärungszwecken verwendet werden. Es handelt sich hierbei um nicht-bewaffnete Modelle. Für uns ist klar, dass jeder Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen durch die Bundeswehr auch in Zukunft den strengen deutschen Einsatzregeln unterliegen muss. Darüber hinaus gilt, dass jeder bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Ausland durch den Deutschen Bundestag mandatiert werden muss. Grundsätzlich brauchen wir eine internationale Debatte zur Klärung der Völkerrechtskonformität von Drohneneinsätzen.

Für die SPD ist klar: Verantwortung in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik schließt auch die Zurückhaltung beim Export von Rüstungsgütern mit ein. Die SPD hat in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Denn: Rüstungsgüter sind kein Exportgut wie jedes andere. Es muss streng geprüft werden, ob Waffen aus deutscher Produktion nicht destabilisierend oder gar konfliktverschärfend wirken. Daher haben wir nicht nur sichergestellt, dass die Politischen Grundsätze, die bereits unter Rot-Grün verabschiedet wurden, vollumfänglich angewendet, sondern durch weitere Regelungen erweitert werden. Erstmals wird seit dieser Legislaturperiode der Deutsche Bundestag überhaupt und innerhalb von maximal 14 Tagen nach einer Sitzung des Bundessicherheitsrates über die genehmigten Rüstungsexportanträge informiert. Die Kriterien für den Export von Kleinwaffen in Drittstaaten wurden erheblich verschärft, was zu einer starken Reduzierung der Ausfuhr geführt hat. Eine Genehmigung von Lizenzproduktionen deutscher Waffen in Drittländern wird es grundsätzlich nicht mehr geben. Zur besseren Überprüfbarkeit gelieferter Rüstungsgüter werden sogenannte Post-Shipmentskontrollen für eine effektive Endverbleibskontrolle eingeführt. Auch wurde die Zeitspanne zwischen erteilten Genehmigungen und der Information der Öffentlichkeit durch die wesentlich frühere Veröffentlichung des jährlichen Rüstungsexportberichts, durch die Einführung eines Zwischenberichts über die Rüstungsexporte des ersten Halbjahres sowie die zeitnahe Information des Deutschen Bundestags über genehmigte Exporte erheblich verkürzt.

Diese verantwortungsvolle Politik eines restriktiven und transparenten Umgangs mit Rüstungsexporten gilt es weiter fortzusetzen. Dies bedeutet auch, dass weitere gesetzliche Regelungen zu prüfen sind. Auch erfordert die permanente technische Weiterentwicklung von Waffen, einhergehend mit der Gefahr des Missbrauchs nach dem Export, die regelmäßige Überprüfung ihrer jeweiligen Klassifizierung, die für die Ausfuhrgenehmigung relevant sind. Dies kann auch bedeuten, dass zukünftig noch mehr Rüstungsgüter in die strengere Kategorie der „Kriegswaffen“ aufgenommen werden müssen.

Um den Export von Rüstungsgütern generell weiter zu beschränken, wollen wir uns im Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern außerdem entschlossen dafür einsetzen, verstärkt Möglichkeiten zur Konversion der Produktion von Rüstungsgütern in den nichtmilitärischen Bereich auszuloten und in der Praxis umzusetzen. Das Bundeswirtschaftsministerium legt 2016 erstmals ein Förderprogramm für die

Diversifizierung der Produktion in den zivilen Bereich auf.

Für die Rüstungskontrolle spielt auch der Weltraum eine immer bedeutendere Rolle. Mit der schnell fortschreitenden Technisierung von Waffensystemen sowie der Anzahl im Weltraum mit Satelliten vertretener Staaten steigt die Gefahr einer zunehmenden Militarisierung des Weltraums. Ausgehend von dem bereits 1967 in Kraft getretenen Weltraumvertrag, der das Wettrüsten im Weltall nur in Teilen begrenzt, fordern wir eine internationale Konvention, durch die Gefahren einer weiteren Militarisierung des Weltraums wirksam begrenzt werden.

Unsere Sicherheit wird zunehmend auch durch Cyberangriffe auf militärische und zivile Einrichtungen gefährdet. Virtuelle Angriffe staatlicher oder nicht-staatlicher Akteure auf strategisch wichtige Infrastrukturen in hochentwickelten Industrieländern können dabei ebenso verheerende Folgen haben, wie konventionelle Kriege. Der Sicherheit des Cybers-Raums müssen wir uns daher mit großer Entschlossenheit widmen. Dies schließt mit ein, dass der Bereich der Cyber-Sicherheit auch im Bereich der Rüstungskontrolle mitgedacht werden muss. Die SPD hat sich in der Bundesregierung daher dafür eingesetzt, dass strengere Regeln für den Export von Überwachungssoftware, die autoritäre Regime gegen ihre eigene Bevölkerung einsetzen könnten, verabschiedet werden.

#### **V. Herausforderungen sozialdemokratischer Friedenspolitik**

Die Herausforderungen für sozialdemokratische Friedenspolitik sind zahlreich. Konflikte neuer Gestalt, oft unübersichtlich und komplex, erschweren Lösungswege. Bei nicht wenigen Menschen wächst die Unsicherheit darüber, ob Politik angesichts dieser Herausforderungen überhaupt zur Konfliktbewältigung noch in der Lage ist. Und mit dieser Unsicherheit wächst nicht selten der Wunsch nach einfachen Antworten, nach vermeintlicher Klarheit und Sicherheit. Sozialdemokratische Außen- und Europapolitik nimmt Unsicherheiten und Sorgen der Menschen selbstverständlich ernst und greift sie auf. Sie muss vor allem aber immer wieder aufs Neue sich der Aufgabe stellen, für Vertrauen in Zusammenarbeit, in Partnerschaft und eine fortschrittliche Entwicklung zu werben. Das friedenspolitische Erbe der Sozialdemokratie verpflichtet uns auch dazu: Unsere Überzeugungen, unsere außenpolitischen Werte und Prinzipien auch und gerade dann weiter hochzuhalten, wenn sie herausgefordert werden, wenn sie sich gegen andere Interessen behaupten müssen, wenn sie mit Rückschlägen konfrontiert sind. Frieden kommt nicht von allein, Frieden muss immer wieder neu erarbeitet werden. Sozialdemokratische Außenpolitik ist und bleibt in diesem Sinne aktive und beharrliche Friedensarbeit.